

Verspielt die Politik in Sachen Corona gerade ihre Glaubwürdigkeit?

18. Oktober 2020 | Erstellt von Stephan Lindner

Was lange befürchtet wurde, tritt gerade ein: Mit Beginn der kalten Jahreszeit, in der sich viele Aktivitäten wieder in geschlossene Räume verlagern, steigen auch die Corona-Fälle wieder rasant an. Anscheinend hat die Politik die letzten Monate aber nicht dazu genutzt, sich auf dieses wahrscheinliche Szenario entsprechend einzustellen und agiert aktuell relativ planlos. Der Flickenteppich bei den beschlossenen Maßnahmen, wenn die Anzahl der Neuinfizierten innerhalb von sieben Tagen die Grenze von 30 bzw. 50 Neuinfektionen überschreitet, wird aktuell von vielen Seiten hart kritisiert, die weit über den Kreis der üblichen Verdächtigen hinausgehen.

Warum die Fallzahlen aus dem Frühjahr und Herbst nicht vergleichbar sind

Vielfach wird eingewendet, dass die Zahl von 50 Neuinfektionen aktuell nicht mehr mit der Anzahl von 50 Neuinfektionen im Frühjahr vergleichbar ist. Deutlich wird das, wenn diese Zahl in Relation mit den Zahlen der Fälle gesetzt wird, die eine Behandlung in einem Krankenhaus benötigen oder gar an oder mit dem Virus versterben. Ein stärkeres Auseinanderklaffen dieser Zahlen als in früheren Monaten ist dabei anscheinend nicht nur ein deutsches, sondern auch ein internationales Phänomen.

In den Medien gibt es dazu eine ganze Reihe unterschiedlicher Erklärungen. Ich will diese Erklärungen nicht im Einzelnen bewerten. In meinen Augen klingen sie alle ein Stück weit plausibel und die ganze Wahrheit ist vermutlich eine wie auch immer geartete Mischung aus allen Teilaspekten:

1. Vereinzelt sind Stimmen zu hören, die behaupten, die Gefährlichkeit des Virus habe abgenommen und er sei nicht mehr so gefährlich wie zu Beginn der Pandemie. Tatsächlich trat dieser Effekt vielfach bei früheren Pandemien durch Corona-Viren auf, so dass eine solche Entwicklung langfristig wahrscheinlich ist. Die bisher vergangene Zeitspanne scheint dafür aber verhältnismäßig kurz.
2. Eine weitere These lautet, dass es mittlerweile enorme Fortschritte in den Behandlungsmethoden gegeben habe, die dafür sorgten, dass Krankheitsverläufe milder verliefen und die Todesrate sinke. Beispielsweise werde viel stärker auf Thrombosen geachtet und auch bei der Frage, wann ein Patient beatmet werde, habe es Lernfortschritte gegeben.
3. Andere Stimmen behaupten, vom Zeitpunkt der Infektion bis zum Zeitpunkt, an dem

sich herausstellt, ob eine Infektion zu einem schweren Krankheitsverlauf führt, sei es noch zu kurz. Der Anstieg der Fälle werde also noch kommen. Tatsächlich ist die Anzahl der Fälle, die auf Intensivstationen behandelt werden müssen, in den letzten Tagen merklich angestiegen. Der Anstieg war aber bei weitem noch nicht so stark, wie er auf Grund der Zahl der Neuinfektionen zu erwarten gewesen wäre.

4. Wieder andere weisen darauf hin, dass die Schwere der Entwicklung ganz stark vom Alter abhängt und sich aktuell vor allem Altersgruppen infiziert hätten, bei denen in den meisten Fällen ein milder Verlauf zu erwarten sei. Drosten stellte dazu in einem seiner letzten Podcasts eine Meta-Studie vor, die diese These wissenschaftlich untermauert.

5. Es ist auch immer wieder zu hören, dass die Schwere des Krankheitsverlaufs nicht nur vom Alter abhängt, sondern auch davon, wie hoch die Virenlast ist, die ein Infizierter bei der Infektion abbekommen hat. Sollte dies zutreffen, wäre es auch der Einhaltung der AHA-Regeln (Abstand halten, Hygiene und Alltagsmasken) zu verdanken, dass die jetzt zu beobachtenden Verläufe milder ausfallen.

6. Und schließlich gibt es zahlreiche Stimmen, die darauf hinweisen, dass durch die erhöhte Anzahl der Tests auch die Dunkelziffer stark abgenommen habe, wir also jetzt auf Grund der erhöhten Testanzahl viel mehr Fälle finden als im Frühjahr.

Warum trotzdem an den gleichen Grenzwerten festgehalten wird

Trotzdem hält die Politik eisern an der Fallzahl von 50 Infektionen fest, ab der härtere Maßnahmen greifen. Auch viele Medien erwecken mit zahlreichen Statistiken immer wieder den Eindruck, als seien die aktuellen Zahlen nach wie vor mit denen vergleichbar, die zu Beginn der Pandemie gemessen wurden. Kaum ein Bericht zu aktuellen Fallzahlen kommt ohne den Hinweis aus, diese seien aktuell so hoch wie zuletzt in Woche soundso im Frühjahr. Woran kann das liegen?

Im Internet, insbesondere im Umfeld sich selbst für frei erklärender Internet-Kanäle wie zum Beispiel, aber nicht nur, KenFM oder Rubikon, kursieren dazu die phantastischsten Verschwörungsmysen. So wird unter anderem vermutet, im Hintergrund versuchten mächtige Eliten die Pandemie dazu zu missbrauchen, ihre eigenen Interessen auf Kosten großer Teile der Bevölkerung durchzusetzen. Der Mittelstand solle enteignet werden, damit sich einige wenige auf deren Kosten sanieren und bereichern könnten.

Sehr plausibel klingt diese These nicht, denn dafür, dass die Politik weiterhin an dieser Zahl festhält, gibt es wahrscheinlich ganz andere Gründe:

1. Die Zahl 50 war damals vor allem gewählt worden, weil hier vermutlich eine Grenze herrscht, ab der die Gesundheitsämter drohen, mit der Kontaktnachverfolgung überfordert zu sein. Wenn sich aber Infektionsketten nicht mehr nachverfolgen lassen, dann droht ein neuer Lockdown, um eine anders nicht mehr kontrollierbare Ausbreitung zu verhindern. Der scheint

die Politik aber, anders als von zahlreichen Verschwörungsideologen immer wieder behauptet, möglichst vermeiden zu wollen.

2. Der starke Anstieg von Infektionen ist mittlerweile Teil der parteipolitischen Auseinandersetzung geworden, die in diesem Fall leider oft nicht mit wissenschaftlich unterfütterten Behauptungen geführt wird, sondern vor allem dazu dient, sich selbst auf Kosten anderer in einem möglichst guten Licht dastehen zu lassen. Dazu gehören vor allem die jüngsten Angriffe der Union auf den rot-rot-grünen Berliner Senat und die Bezirksregierung von Friedrichshain-Kreuzberg, bei denen es zum einen darum ging, die Einhaltung von beschlossenen Maßnahmen stärker zu kontrollieren und Verstöße konsequenter zu ahnden, zum anderen um die Weigerung der Bezirksverordneten, bei der Kontaktverfolgung die Hilfe der Bundeswehr in Anspruch zu nehmen. Dabei zeigte sich vor allem an den Beliebtheitswerten des bayerischen Ministerpräsidenten Söder, dass ein Eintreten für entschiedene Maßnahmen mit entsprechend hoher Zustimmung in der Bevölkerung honoriert wird. Diese Zustimmung korreliert allerdings nicht damit, ob eine Landesregierung in ihrem Gebiet die Ausbreitung der Pandemie besser oder schlechter im Griff hat. Denn die steigenden Fallzahlen sind aktuell in vielen Regionen zu beobachten, auch bayerischen.

3. Ein weiterer Grund dürfte darin liegen, dass aktuell von vielen Seiten der Wunsch nach einheitlichen Maßnahmen geäußert wird. In dieser Situation die Grundlage aller Maßnahmen in Frage zu stellen, dürfte vielen als ein denkbar schlechter Zeitpunkt erscheinen, wenn diesem Wunsch entsprochen werden soll.

4. Außerdem dürfte vielen Politikern gut in Erinnerung sein, wie problematisch es war, als im Sommer immer wieder neue Werte in die Diskussion geschmissen wurden, auf die zu achten sei. Jetzt erneut die Grundlage vieler Maßnahmen komplett in Frage zu stellen könnte einen entsprechenden Glaubwürdigkeitsverlust nach sich ziehen, den sich viele gerne ersparen würden.

Drohende Konsequenzen

Damit droht allerdings, dass die Politik genau den Zustand herbeiführt, den sie gerne vermeiden würde. Denn sie stößt mit ihren Maßnahmen zu einem Zeitpunkt an die Grenzen des Machbaren, an dem nicht plausibel erklärt werden kann, dass diese Maßnahmen überhaupt gerechtfertigt sind. Gesundheitsämter sind mit der Kontaktverfolgung überfordert und Ordnungsämter mit der Durchsetzung weitergehender Maßnahmen wie z.B. dem Verbot größerer Feiern. Aktuell verlangen zahlreiche Bundesländer für Menschen, die aus wie auch immer definierten Risikogebieten einreisen, einen negativen Corona-Test, der nicht älter als 48 Stunden ist. Dies dürfte allerdings in den meisten Fällen nur eine hypothetische Möglichkeit sein, da gerade in den Risikogebieten für die meisten wahrscheinlich gar keine Möglichkeit besteht, einen solchen Test durchführen zu lassen, da die dafür notwendigen Testkapazitäten gar nicht vorhanden sind.

Wenn dies zu einem Zeitpunkt passiert, an dem die Anzahl schwerer und tödlicher Krankheitsverläufe niedrig ist, bekommt die Politik ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die Folge könnte dann sein, dass viele Menschen den Sinn auch sinnvoller Maßnahmen nicht mehr nachvollziehen können und sie nicht mehr einhalten und, mit entsprechend zeitlicher Verzögerung, genau die Situation eintritt, die die Politik eigentlich verhindern will. Denn auch wenn es bisher in Deutschland zum Glück zu keinen größeren Ausbrüchen kam, die das Gesundheitssystem an die Grenzen seiner Belastbarkeit brachten, muss das nicht für immer so bleiben, wie die Entwicklung in zahlreichen anderen Ländern zeigt. Und dieser Zeitpunkt könnte schneller eintreten, als es im Moment die Zahl freier Betten auf Intensivstationen suggeriert, denn laut einigen Medienberichten fehlt für viele dieser Betten das Pflegepersonal, um die dann darin liegenden Patienten zu betreuen.

Zu diskutierende Alternativen

Dabei gab es in der Vergangenheit durchaus immer wieder Stimmen, die vor einem solchen Szenario warnten und Maßnahmen vorschlugen, es abzuwenden. Professor Streeck warnt seit langem immer wieder davor, dass es sich beim Umgang mit der Pandemie nicht um einen Sprint, sondern um einen Marathon handle. Deshalb dürfe nicht nur auf die Zahl der Infektionen geachtet werden, sondern müssten weitere Parameter mit beachtet werden. Das Handelsblatt schreibt zu dem mit ihm geführten Interview:

Streeck, Direktor des Instituts für Virologie am Bonner Universitätsklinikum, hatte in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt davor gewarnt, die reinen Infektionszahlen zum Maßstab im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus zu machen. „4000 Neuinfektionen pro Tag zur Zeit bedeuten nicht mehr das Gleiche, was sie im März und April bedeutet haben“, heißt es darin.

Abhilfe könne ein Ampelsystem schaffen, das auf dem Zusammenspiel von Infektionszahlen, Anzahl der Tests, stationärer und intensivmedizinischer Belegung basiert. Es müsse darum gehen, mit den vorhandenen Daten „ein intelligenteres und vorausschauendes System zu entwickeln“, schreibt Streeck.

Quelle:

www.handelsblatt.com/politik/deutschland/covid-19-pandemie-brauchen-wir-die-corona-ampel-vorstoss-von-virologe-streeck-stoesst-auf-geteiltes-echo/26262274.html

Auch Prof. Drosten kann diesem Vorschlag etwas abgewinnen, wobei er allerdings vor einer verkürzten Wiedergabe der Vorschläge Streecks warnt (was leider nicht so einfach ist, wenn die Originalinterviews immer hinter Bezahlschranken stehen). Auf die Kritik an Streecks Vorschlägen angesprochen antwortete er unter anderem:

Eine Kernaussage zum Beispiel, die auch in der Verkürzung komplett falsch verstanden wurde, ist, dass er gesagt hat, man soll nicht nur auf die Infektionszahlen und die Meldezahlen gucken. Das macht ja auch gar keiner. Das ist zum Teil so, je weiter man weg ist vom Fach, desto mehr scheint man sich auf solche Dinge zu verlegen und sich daran aufzuhängen.

Genau das passiert aber gerade bei den Einreise- und Beherbergungsverboten.

Dafür, dass wir gerade nicht zum ersten Mal erleben, dass die Politik mit ihren Maßnahmen über jedes Maß hinausschießt, das wissenschaftlich geboten erscheint, liefert er dann auch noch gleich ein Beispiel:

Damals in dieser Ministerpräsidentenrunde Mitte März ist nicht von der wissenschaftlichen Seite, wo ich auch dazugehörte, empfohlen worden, die Schulen zu schließen. Sondern was wir empfohlen haben, ist, man muss regional schauen. Zu der Zeit, 12. März, da waren gerade in Heinsberg die Schulen geschlossen worden. Und da haben wir gesagt: Das ist eigentlich genau das richtige Vorgehen. Da, wo man jetzt aktuell merkt, dass Infektionsgeschehen ist, da kann man sowas auch mal machen – ohne dass wir genau wissen, was die Schulen beitragen –, mal vorsorglich die Schulen zu schließen. Danach sind wir rausgegangen aus der Sitzung und die Politik hat daraus einen deutschland weiten Schulschluss gemacht, wo eine Senatskanzlei nach der anderen, oder Staatskanzlei in den Bundesländern, jeweils dieselbe synchrone Entscheidung getroffen hat. Und dann war der deutschlandweite Schulschluss da, und das wurde am Ende den Wissenschaftlern zugeschrieben, was nicht stimmt.

Quelle für beide Zitate:

www.ndr.de/nachrichten/info/coronaskript226.pdf

Prof. Drosten selbst hat schon Anfang August in einem Gastbeitrag für die Zeit einen ‚Plan für den Herbst‘ vorgeschlagen, der mit folgenden Kernpunkten überschrieben ist:

Die Treiber der Epidemie aufspüren, die Quarantäne verkürzen, die Tests genauer auswerten – mit dieser Strategie können wir in einer zweiten Welle verhindern, dass es zu einem erneuten Lockdown kommt.

Darin findet sich auch ein Vorschlag, wie mit der Situation umgegangen werden könnte, wenn die Gesundheitsämter nicht mehr jede Kontaktkette nachverfolgen könnten. Er weist darauf hin, dass sich nach aktuellem Forschungsstand das Virus nicht gleichmäßig ausbreite sondern in Clustern. Während viele Menschen keinen oder höchstens einen weiteren Menschen anstecken würden, würden andere ganz viele anstecken. Als Konsequenz daraus schlägt er vor:

Ich plädiere nun dafür, im Fall der Überlastung nur (oder zumindest vor allem) dann mit behördlichen Maßnahmen auf einen positiven Test zu reagieren, wenn er von einem möglichen Clustermitglied stammt. Die vielen Tests, die die Politik derzeit vorbereitet, werden bald öfter positiv ausfallen und die Gesundheitsämter dann überfordern – schließlich kann man das Virus ja nicht wegstesten, man muss auf positive Tests auch reagieren.

Dazu sollten möglichst alle Menschen ein Kontakttagebuch führen, in dem Gesundheitsämter dann nach möglichen Clusterereignissen suchen könnten.

Die gezielte Eindämmung von Clustern ist anscheinend wichtiger als das Auffinden von Einzelfällen durch breite Testung. Japan gelang es, die erste Welle trotz einer erheblichen Zahl importierter Infektionen ohne einen Lockdown zu beherrschen.

Quelle für beide Zitate ist der oben verlinkte Gastbeitrag.

Fazit

Leider ist die aktuelle Debatte in sozialen Bewegungen vor allem von zwei Lagern

beherrscht: Auf der einen Seite diejenigen, die die Gefährlichkeit der Pandemie bestreiten und damit alle ergriffenen Maßnahmen für überflüssig halten und auf der anderen Seite diejenigen, die mehr oder weniger kritiklos alle beschlossenen Maßnahmen verteidigen. Am Ende könnten sich beide Positionen als fatal erweisen.

Notwendig wäre stattdessen eine Kraft, die für eine Strategie eintritt, die auch auf mittlere Sicht glaubwürdig und umsetzbar ist. An der scheint es aber im Moment zu mangeln und dieser Mangel kann uns allen noch sehr teuer zu stehen kommen.